

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 224. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 22. April 2021

#### Anlage 8

#### Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes

(Tagesordnungspunkt 21)

**Petra Pau** (*DIE LINKE*): Zur Abstimmung liegt uns der Entwurf zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes vor. Was hölzern klingt, meint die Frage: Wie viel Mitbestimmung steht Beschäftigten, zum Beispiel in Behörden, zu? Es geht also um Demokratie.

Alle demokratischen Parteien im Bundestag waren sich einig: Es gibt Handlungsbedarf, eine Überarbeitung bislang geltender Regeln ist überfällig. Im Detail gehen die Auffassungen allerdings zum Teil erheblich auseinander.

Trifft der vorliegende Entwurf als Gesetz in Kraft, so wird es mehr Mitbestimmung bei und für Personalvertretungen geben, auch für Auszubildende. Die Regeln für Beschäftigte der Bundespolizei indes bleiben weiter unterirdisch. Dafür hat Die Linke kein Verständnis.

Zunehmend prägend für die Mitbestimmung ist und wird die Digitalisierung, zum Beispiel der Zugriff von Personalvertretungen auf Videokonferenzen. Die nunmehr vorgeschlagenen Regeln bleiben hinter dem Möglichen zurück. Überhaupt gebührt Personalvertretungen beim Mega-Thema Digitalisierung mehr Mitsprache.

Die Linke findet: Beschäftigte in Behörden gebühren gleiche Rechte wie Beschäftigte in Betrieben. Der vorliegende Gesetzesentwurf fällt auch unter dieser Prämisse hinter demokratische Ansprüche und Möglichkeiten zurück.

Deshalb wird Die Linke sich bei der Abstimmung enthalten.